Pressespiegel

Ausgabe: 12.09.2018

Niederrhein DGB

IG Bau verlangt „Lohnsünden-Pranger“

Der Zoll verstärkt den Druck auf Unternehmen, die den Mindestlohn umgehen.

DORTMUND (dpa) Mit zahlreichen Überprüfungen hat am Dienstag eine bundesweite Aktion gegen Mindestlohn-Betrug begonnen. „Die Kollegen sind im gesamten Bezirk des Hauptzollamtes Dortmund unterwegs“, sagte eine Sprecherin der regional zuständigen Behörde. Auch mehrere Teams des Hauptzollamtes Duisburg beteiligten sich an der auf zwei Tage angesetzten Aktion, wie eine Sprecherin sagte. Zu den Ergebnissen der Aktion wollen sich die Fahnder erst in den kommenden Tagen äußern.

Bundesweit rund 6000 Fahnder sollen Missständen in Branchen wie dem Bau-, Fleisch-, Reinigungs- und Gastgewerbe auf die Spur kommen. Immer wieder stehen dort Betriebe im Verdacht, den gesetzlichen Mindestlohn von 8,84 Euro pro Stunde nicht zu zahlen. Zudem sollen die Kontrollen beim Aufdecken von Schwarzarbeit helfen. Die erstmals durchgeführte Aktion dauert bis zum Mittwochabend. Damit soll bundesweit der Druck erhöht werden, um das Umgehen des Mindestlohns und illegale Beschäftigung zu unterbinden.

Die Gewerkschaft IG Bau forderte unterdessen ein öffentliches Register mit Betrieben, die gegen den gesetzlichen Mindestlohn verstoßen. „Wir brauchen einen Lohnsünden-Pranger“, sagte Gewerkschaftschef Robert Feiger. Betroffene Arbeitgeber müssten nicht nur benannt, sondern dürften auch bei künftigen Auftragsvergaben nicht mehr berücksichtigt werden. Es dürfe nicht bei einer einmaligen Aktion bleiben. „Notwendig ist ein permanenter Kontrolldruck“, sagte IG Bau Bundesvorstandsmitglied Dietmar Schäfers.

Im ersten Halbjahr 2018 betrug der Schaden, den Arbeitgeber mit illegaler Beschäftigung sowie entsprechend vermiedenen Steuern und Abgaben anrichteten, über 400 Millionen Euro. Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) hatte angekündigt, dass die Finanzkontrolle Schwarzarbeit in einem ersten Schritt mit 1400 neuen Stellen bis 2019 ausgestattet werden soll.

Zollbeamte betreten bei einer Razzia gegen Schwarzarbeit eine Baustelle. Rund 6000 Fahnder sind bundesweit im Einsatz. FOTO: DPA

RP Mantel

IG BAU fordert Register für Mindestlohn-Verstöße

Frankfurt am Main, 11.09.2018
Laufende Kontroll-Offensive im Mindestlohnsektor: Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) hat die bundesweite Aktion gegen Mindestlohn-Betrüger als „richtigen Schritt, der längst überfällig war“, begrüßt. Die IG BAU fordert darüber hinaus nach dem Vorbild Großbritanniens ein öffentliches Register, in dem die Betriebe aufgelistet werden, die gegen den gesetzlichen Mindestlohn verstoßen.

„Auch Arbeitgeber, die Branchen-Mindestlöhne missachten, gehören in dieses Register. Wir brauchen einen ‚Lohnsünden-Pranger‘. Es hilft nur, die schwarzen Schafe klar zu benennen. Wir müssen dahin kommen, dass Arbeitgeber, die nicht einmal das Mindeste in die Lohntüte packen, geächtet werden“, sagt der Bundesvorsitzende der IG BAU, Robert Feiger. Hier müsse es ein neues gesellschaftliches Bewusstsein geben. „Arbeitgeber, die nicht einmal den Mindestlohn zahlen, müssen klar als ‚Ausbeuter‘ benannt und bei künftigen Auftragsvergaben auch so behandelt und berücksichtigt werden – nämlich gar nicht“, sagt Robert Feiger. Der IG BAU-Chef gehört der Mindestlohn-Kommission des Bundes an.

„Es kommt darauf an, den Sumpf der Mindestlohn-Betrügerei, den wir insbesondere in der Bauwirtschaft haben, trockenzulegen. Alles andere schadet neben den Arbeitnehmern vor allem auch den ehrlichen Arbeitgebern – und damit dem fairen Wettbewerb“, sagt IG BAU-Bundesvize Dietmar Schäfers. Es dürfe jetzt allerdings nicht bei einer einmaligen Kontrollaktion bleiben.

„Wir brauchen keine zweitägige ‚Schaufenster-Kontrolle‘. Notwendig ist ein permanenter Kontrolldruck“, so Schäfers. Wenn Unternehmen spürten, dass die Kontrolldichte nach wie vor gering sei, blieben die Risiken des Lohnmissbrauchs für sie weiterhin kalkulierbar. Die Hemmschwelle, den Mindestlohn zu unterlaufen, müsse so hoch wie möglich liegen.

Hier helfe – neben einem Lohnsünden-Register – nur eine effektive Personalausstattung der Finanzkontrolle Schwarzarbeit. Bundesweit gebe es derzeit 7.200 Planstellen. Notwendig seien allerdings 10.000 Kontrolleure, fordern Feiger und Schäfers. Die für die kommenden drei Jahre geplante Personalaufstockung um 1.400 Stellen sei zu gering.

Lokalkompass